

Änderungsantrag
(zu Drs. 16/811 und 16/1016)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 23.03.2009

Europa bewusst machen - Wahlbeteiligung erhöhen

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/811

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien
- Drs. 16/1016

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest, dass mit dem Parlamentspräsidenten Prof. Dr. Pöttering ein Niedersachse an der Spitze des Europäischen Parlaments steht und sich dadurch die niedersächsische Bevölkerung in besonderer Weise mit der Arbeit des Europäischen Parlaments identifizieren kann. Niedersachsen braucht auch in der nächsten Legislaturperiode des Europaparlaments eine starke parlamentarische Vertretung in Brüssel, deshalb möchte der Landtag dazu beitragen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 beteiligen.

1. Der Landtag begrüßt die von der Europäischen Union, der Bundes- und Landesregierung, dem Europäischen Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen sowie den Europabüros der Regierungsvertretungen eingeleiteten und geplanten Aktivitäten zu den Europawahlen.
2. Der Landtag regt an, darüber hinaus gemeinsame Projekte mit den Landkreisen und Kommunen zur Information der Bürgerinnen und Bürger durchzuführen. Er erklärt seine Bereitschaft, diese Maßnahmen zu unterstützen. Dabei sollten auch die Menschen aus den anderen EU-Mitgliedstaaten, die bei uns wahlberechtigt sind, angesprochen und Informationen in anderen Amtssprachen der EU bereitgestellt werden.
3. Der Landtag hält Medienpartnerschaften insbesondere mit lokalen Medien für ein geeignetes Mittel, um die Bevölkerung zu informieren und ihr Interesse an den Europawahlen zu erhöhen. Er plant, den Norddeutschen Rundfunk (NDR) für eine Partnerschaft des Landtages und des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) Niedersachsen im Sendebereich des Landesfunkhauses Niedersachsen zu gewinnen.

Begründung

Die Europawahl, die in Deutschland am 7. Juni 2009 stattfindet, ist für die demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments von zentraler Bedeutung. Das Europäische Parlament ist das einzige von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte Organ der Europäischen Union. Seine Bedeutung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen und wird bei Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch weiter steigen.

Die Beteiligung bei den Europawahlen ist dagegen seit den ersten Europawahlen im Jahr 1979 stetig gesunken. Während sich im Jahr 1979 noch 65,7 % der Bürgerinnen und Bürger an den Europawahlen beteiligten, sank die Wahlbeteiligung im Jahr 2004 in Deutschland auf ein historisches Tief von 43 %. In Niedersachsen lag sie im Jahr 2004 mit 40,1 % noch unter dem Bundesdurchschnitt.

Vor diesem Hintergrund haben es sich die europäischen und nationalen Institutionen zur gemeinsamen Aufgabe gemacht, die Bürgerinnen und Bürger mittels einer aktiven europapolitischen Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit über den Einfluss des Europäischen Parlaments auf ihre Lebensbedingungen und die Bedeutung der Europawahlen zu informieren. Die Europäischen Institutionen führen eine überregionale Informationskampagne mit Fernsehspots in allen großen TV-Sendern, mit Plakaten, mit 3D-Installationen in großen Städten, mit Jugendforen in den Landtagen, mit Sonderbeilagen insbesondere in den Jugendmedien und mit einer speziellen Erstwähler-Kampagne („Per Handy zur Wahl“) durch. Diese Informationskampagne wird in Niedersachsen durch Maßnahmen der Bundesregierung und mehr als 50 regionale und lokale Veranstaltungen des EIZ Niedersachsen und der Europabüros der Regierungsvertretungen ergänzt.

Über diese Maßnahmen hinaus sollen in Niedersachsen lebende Bürgerinnen und Bürger aus den anderen Mitgliedstaaten in besonderer Weise angesprochen werden. Insoweit müssen zusätzliche Anstrengungen auf lokaler Ebene unternommen werden.

Schließlich sollen durch Radiospots Menschen angesprochen werden, die Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen vermutlich nicht besuchen werden. Diese Menschen müssen auf dem Kommunikationsweg angesprochen werden, auf dem sie erreichbar sind. Daher wird der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien versuchen, den NDR für eine Partnerschaft im Sendebereich des Landesfunkhauses Niedersachsen zu gewinnen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stefan Wenzel
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion DIE LINKE

Kreszentia Flauger
Fraktionsvorsitzende